



Urbanes Ackern

Die Rückkehr von Gemüseanbau und Selbstversorgung in den Städten

von Elisabeth Meyer-Renschhausen

Die Landwirtschaft kehrt in die Städte zurück. Selbstversorgung durch Gemüseanbau findet sich nicht nur in den Megacities und Slums des Südens, sondern ebenso in Parks und auf Brachflächen in den Städten der USA oder Europas. Nachbarschaftsgärten, interkulturelle Gärten, Klein-, Kraut- und Schulgärten, Kinderbauernhöfe und Gemeinschaftsgärten: Überall boomt die neue Lust am Eigenanbau von Gemüse und Obst sowie an nachbarschaftlichen Begegnungen im Grünen. Spätestens seit Michelle Obama einen Bio-Küchengarten am Weißen Haus angelegt hat, gewinnt das Thema auch in den Medien an Terrain. „Gurken statt Kapitalismus“ titelte die Süddeutsche Zeitung. Eigenversorgung hat – nicht nur in der Krise – eine neue Bedeutung (und Notwendigkeit) erhalten. Auffallend dabei ist, dass gerade die jüngere Generation sich das Gärtnern kreativ aneignet und neue, dem Städtischen angepasste Formen des Gartenbaus entwickelt. Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über Bedeutung und Form urbaner Landwirtschaft in den Ländern des Südens, in den USA und bei uns in Deutschland. Er beschreibt eine neue soziale Bewegung, die nachhaltige Lebensstile ausprobiert und inmitten der Städte eine Ernährungsreform von unten einleitet.

Vor glitzernden Hochhäusern liegt ein Gemüsebeet inmitten eines ansprechenden Parks: Schulgärten in Chicago. Ohne Zaun wachsen da zarte Gemüsepflänzchen für jedermann sichtbar. Der Gemüsegarten prangt auf dem Titelbild des Buches „Urban Agriculture – Cities Farming for the Future“. Die Herausgeber, eine schwerpunktmässig in Leidsen (Niederlanden) lokalisierte entwicklungspolitische Forscher- und Beratergruppe übernahmen die Idee aus den Städten des globalen Südens, aus Afrika und Südamerika. Dort ernährt städtische Subsistenzwirtschaft viele erwerbslose Menschen in den Spontansiedlungen oder Favelas, und zwar bereits seit Jahrzehnten (1).

Mittlerweile hat der innerstädtische Gemüseanbau auch Deutschland erreicht. Jürgen Weidlinger von der Universität Hannover setzt sich zum Beispiel für Bürgergärten in öffentlichen Parks ein. Er übernahm die Idee von dem berühmten Landschaftsarchitekten der 1920er-Jahre Leberecht Migge, der den „sich selbst finanzierenden Kleingartenpark“ entwickelte (2). Diese Idee wurde damals auch tatsächlich verschiedentlich umgesetzt, in Frankfurt am Main ebenso wie in Berlin. Der besondere Reiz dieses Konzepts besteht in einer an den Park direkt angegliederten Kleingartenkolonie, die

dafür sorgt, dass die Stadt den Park nicht zu pflegen braucht: ein Park in Bürgerhand.

Derzeit hat die Kleinstadt Pulheim bei Köln einen Parkgürtel geplant, in dem die Menschen gärtnern können sollen. Auch die „schrumpfende Stadt“ Dessau möchte ihre zahlenmäßig immer weniger werdenden Bewohner durch einen innerstädtischen Grüngürtel halten, der auch Flächen für städtische Landwirtschaft sowie Gemeinschaftsgärten bereitstellt. In München hält die Kommune Äcker als Grabeland oder für Selbsternte-projekte bereit.

Ignoranz von oben – Rückkehr des Verdrängten

Allerdings ist – trotz dieser positiven Beispiele – das Verständnis von öffentlichen Bauherren für diese neue soziale Bewegung bisher noch unterentwickelt. Dies zeigt sich exemplarisch an der 2009 von der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung herausgegebenen Broschüre „Das Grüne Berlin“. Hier werden die alten Horte städtischer Landwirtschaft, die berühmten Berliner Schrebergärten wie aber auch die neuen, allesamt Gemüse anbauenden Gemeinschaftsgärten, auf gerade

mal zwei bis drei Seiten abgehandelt (3). Das ist angesichts des Booms, den die städtischen Gärten augenblicklich erfahren, erstaunlich ignorant.

Die Landschaftsplaner in den Verwaltungen halten Gärten für etwas „Privates“. Und sie kommen nicht weg von der Idee, dass Schrebergärten spießig sind. Sogar rot-grüne Behördenvertreter haben wenig Verständnis für die Begeisterung der Jugend für städtische Landwirtschaft. Stattdessen, so der Hannoveraner Stadtsoziologe Wulff Tessin, schwärmen die städtischen Landschaftsplaner immer noch für eine Parkgestaltung nach den Prinzipien des Minimalismus. Obwohl diese monotonen und „pflegeleichten“ Grünflächen von den meisten Menschen in der Stadt als langweilig empfunden werden (4).

Warum diese administrative Unterbewertung der Interessen, aber auch des Selbsthilfepotenzials der Menschen? Ein Grund dürfte darin liegen, dass Gärten als Nutzgärten wie die Kleinlandwirtschaft wesentlich zur häuslichen Sphäre gezählt werden. Sie gehören zu Haushalt und Hauswirtschaft, dem Bereich, der traditionellerweise den Frauen zugeordnet wurde und noch wird. Während die „Haus-Wirtschaft“ im Zuge des Triumphs der industriellen Revolution in der öffentlichen Wahrnehmung unterdrückt, verdrängt und endlich vergessen wurde, kommt sie in Krisenzeiten offenbar um so lebendiger zurück. Das Implodieren, das Schrumpfen der industriellen Welt, das Nachlassen der ökonomischen Expansion verschafft informellen Tätigkeiten wie dem Gärtnern neuen Raum und neue Notwendigkeit (5).

Daher ist die subsistenzorientierte Kleinlandwirtschaft nicht mehr eine bloß *ländliche* Realität, die von den Behörden und der industriellen Landwirtschaft ignoriert, verdrängt oder auch toleriert wird. Urbane Landwirtschaft ist zunehmend eine *städtische* Realität und widerlegt die weit verbreitete Auffassung von einer rasant voranschreitenden globalen Verstädterung. Inmitten dieses Prozesses verwildern die Städte: in ihrem Inneren und an ihren Rändern beobachten wir eine Art Re-Ruralisierung (6).

Die legalen Formen von Eigenarbeit in Haus und Garten oder im Ehrenamt wurden jedoch vom bundesdeutschen Gesetzgeber brutal negiert. Die derzeitige Sozialhilfe-Gesetzgebung („Hartz IV“) sowie das neue Scheidungsrecht implizieren die gesellschaftliche Verzichtbarkeit von Hausarbeit. Sogar als allein erziehende Mütter oder wenn sie Alte versorgen, müssen sich erwerbslose Frauen rund um die Uhr dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen. Obwohl es für sie nachweislich keine anständig bezahlte Arbeit gibt. Und trotz der anhaltenden Erwerbslosigkeit (in Berlin offiziell 16 Prozent) kommen sogar rot-rote oder rot-grüne Stadtregierungen auf die Idee – wie derzeit in Berlin –, innerstädtische Kleingartenanlagen der Bodenspekulation opfern zu wollen. Obwohl es doch nachweislich die Gemüse-

gärten sind, die vielen Menschen über Notzeiten vor allem auch seelisch hinweghelfen.

„Gurken statt Kapitalismus“ – Der neue Medienhype

Anders als die Behörden haben die Medien die Zeichen der Zeit erkannt. Den Anfang machte das Wirtschafts-magazin *brand eins*, das im Mai 2009 ein ganzes Heft zum Thema „Essen“ veröffentlichte. Gleich der zweite Artikel zum Thema war über die „Bauern von New York“, in dem die vielen Gemeinschaftsgärten (7) beschrieben werden, die zwischen den Wolkenkratzern in den letzten Jahrzehnten entstanden sind und der Bodenspekulation abgetrotzt wurden: „Hunderte sogenannter Community Gardens gibt es in New York. Der Grund gehört meist der Stadt, betreut und bewirtschaftet wird er von Bürgergemeinschaften, die von ihren Mitgliedern geringe Nutzungsgebühren erheben. Die Gärten finden sich auf Dächern, in Hinterhöfen, auf ehemaligen Parkplätzen, an Schulen oder botanischen Instituten. Sie dienen als Treffpunkt für Anwohner, Spielwiese für Kinder und Übungsgelände für Gartenbaukurse. In kleineren Anlagen steht oft nur eine Parkbank neben Töpfen mit Kräutern, ein paar Blumenkästen, an der Wand Efeu; in den größeren reiht sich Gemüsebeet an Gemüsebeet, ergänzt von Gewächshäusern und Hühnerställen. Manche haben Bienenstöcke, manche Ziegen, manche Fischtanks.“ (8)

„Gurken statt Kapitalismus“ titelte – mit Blick auf die neue Gartenbewegung in Amerika und bei uns – im Mai 2009 die *Süddeutsche Zeitung* (9). Mehrfach meldete sich die *Berliner Zeitung* zum medienrächtigen „Guerrilla Gardening“, eine besonders ungeduldige Form der Begrünung trister Stadtplätze (dazu mehr unten). Und schließlich erfahren wir im August auch per *Zeit-Magazin*: „Michelle Obama tut es“ und „die Queen auch“, nämlich Gemüse anbauen. Die Gattin des Präsidenten Obama rackert zusammen mit Schulkindern auf den Rasenflächen hinter dem Weißen Haus – zur Freude der Medien und zum Eigenverbrauch (10).

Gemüseanbau in der Stadt: Das ist alles andere als selbstverständlich und in den Augen vieler Großstadtbürger sogar mutig. Denn die von der Erde entfremdeten Büromenschen ekeln sich vor der Erde mit ihren Plastikresten und dem Hundekot. Gartengemüse, das in gefährlicher Nähe zu leibhaftigen Regenwürmern gewachsen ist, das ungewaschen aus der Erde kommt, ist ihnen nicht geheuer. Solche Überempfindlichkeiten sind Entfremdungszeichen einer Konsumgesellschaft, die in den letzten Jahrzehnten systematisch daran gehindert wurde, sich um das eigene Gemüse selbst zu kümmern. Dort, wo die Verstädterung noch nicht mehrere Generationen her ist, sieht das anders aus. Vier von zehn Italie-

nern bauen bereits wieder ihr eigenes Gemüse an, war in der *Zeit* im September 2009 zu lesen. Unsere südlichen Nachbarn bauen – egal ob im Garten oder auf dem eigenen Balkon – vor allem Kräuter, Tomaten, Salat, Paprika und Radieschen für die eigene Küche an.

Essen statt Rasen – „Urban Farming“ in den USA

Auffällig ist allerdings, dass die meisten Zeitungsartikel sich auf Nordamerika beziehen. (Über die europäische Subsistenz-Landwirtschaft wird noch vergleichsweise wenig geschrieben.) „Food Not Lawns – How to Turn your Yard into a Garden and Your Neighbourhood into a Community“ (*Essen statt Rasen – Wie Du Deinen Hof in einen Gemüsegarten verwandeln kannst und Deine Nachbarschaft in eine lebendige Gemeinschaft*) – so lautet der Titel eines neuen Buches der Landschaftsplanerin Heather C. Flores. Für die Ökoaktivisten von der Westküste der USA sind Rasenflächen eine aristokratische Attitüde von Adelligen. Die wollten vor etwa 250 Jahren damit imponieren, wie viel Land sie besaßen. Da die Adelligen den französischen Bauern infolge ihrer Gier nach Grund und Boden zu wenig Ackerland ließen, waren entschädigungslose Landreformen eines der ersten Ergebnisse der Französischen Revolution von 1789. Heute, so die US-amerikanischen „food-not-lawns“-Umweltaktivisten, können wir es uns nicht mehr leisten, Land und Wasser für stupide Rasenwiesen zu verschwenden. Was jetzt ansteht, ist die lokale Lebensmittelproduktion für die Selbstversorgung (11).

Tatsächlich wird in den bald 40 Jahre alten nordamerikanischen Gemeinschaftsgärten seit Beginn der 1990er-Jahre verstärkt und mittlerweile fast ausschließlich Gemüse angebaut. In zahlreichen nordamerikanischen Großstädten wurden zudem sogenannte Jugendfarmen als Gartenbaubetriebe zur Versorgung armer Stadtteile gegründet. Diese Umweltprojekte für chancenlose Jugendliche versorgen die sogenannten „food deserts“ (*Lebensmittelwüsten*): Quartiere ohne Frischgemüseversorgung, weil der örtliche Supermarkt aufgegeben hat.

„Urban farming“ ist die Antwort auf derlei prekären Lebensumstände. Eine von ihrer Politik zutiefst enttäuschte Gesellschaft wie die US-amerikanische fängt sozusagen bei Adam und Eva wieder an. Gartenaktivisten betreiben auf innerstädtischen Brachen Gärtnereien, in denen Teenager das organische Gärtnern erlernen. Notfalls auch – mit entsprechenden Behältern für Erde und Pflanzen – auf asphaltierten Flächen. Meistens erhalten die Jugendlichen sogar einen Lohn von etwa fünf Dollar die Stunde. Das Gemüse wird auf von den Kindern und Jugendlichen selbst betriebenen „Bauernmärkten“ verkauft. So entstehen inmitten der Zentren

des Nordens Varianten einer informellen Ökonomie wie wir sie bisher nur aus den Städten des globalen Südens kannten.

Die Initianten verstehen sich als Polit-Aktivist:innen. Sie sehen den innerstädtischen Gemüseanbau als Form der Selbsthilfe. Denn entgegen aller Lügen der Statistik ist die Erwerbslosigkeit in den amerikanischen Innenstädten so hoch, sind die Löhne so gering und die Mieten so verückt hoch, dass sich immer mehr Nordamerikaner auf diese Weise helfen müssen. Zugleich sehen die Aktivist:innen darin einen Protest gegen die erdrückende Dominanz der Lebensmittelkonzerne, die zunehmend bestimmen, was auf den Tisch kommt. „Reclaim des Commons!“ (*Fordern wir die Allmenden zurück!*) lautet die Parole (12): „Wir bestimmen selbst, was wir essen wollen!“

Bei den US-amerikanischen Landschaftsplaner:innen, der *American Planning Association*, ist der „food factor“ – im Gegensatz zu hierzulande – bereits angekommen (13). Ihre Monatsschrift verkündete im September 2009 „The next big trend“. Die Planer konstatieren in immer mehr Städten und Planungssämtern „A serious flirt with the dirt – urban farming makes a come back“ (*Ein ernsthafter Flirt mit der Erde – städtischer Landbau erlebt ein Comeback*). In dem Magazin wird seitenlang referiert, wie viele Städte bereits Schulgärten subventionieren oder Gärten in ihre Flächennutzungsplanung aufgenommen haben. Schrumpfende Städte wie Detroit, Staaten wie Michigan haben städtische Landwirtschaft und Gemeinschaftsgärten in ihre Flächennutzungspläne bereits aufgenommen. Die Stadt Milwaukee hat beschlossen, künftig zehn Prozent ihrer Fläche der städtischen Landwirtschaft und Gärten vorzuhalten. Eine gezielte Beförderung von städtischer Kleinlandwirtschaft von der hierzulande noch wenig zu sehen ist.

Städtische Subsistenz im Süden

Urbane Landwirtschaft ist ein weltweites Phänomen: In Caracas und Havanna wird innerstädtische Landwirtschaft staatlich unterstützt, in zahlreichen afrikanischen Städten ernährt der wilde Gemüseanbau auf Brachen große Teile der Spontansiedlungsbewohner. Die Stadtziegen auf den Müllhalden Nairobis fungieren wie ein Sparkassenkonto hierzulande. Städte Asiens wie Shanghai und Singapur bemühen sich, hinsichtlich ihrer Produktion von Gemüse autark zu bleiben. Den Menschen dort ist extrem wichtig, frisches Gemüse auf dem Teller zu haben.

Städtische Subsistenz-Landwirtschaft kommt heute gewissermaßen aus den Megacities des Südens zu uns zurück. Bereits vor über dreißig Jahren machten Entwicklungshelfer die Erfahrung, dass etwa afrikanische Städter keine Zeit für Alphabetisierungskurse hatten,

weil sie ihre innerstädtischen Felder bestellen mussten. Im globalen Süden ist urbane Landwirtschaft zwecks Selbstversorgung sowie für den direkten Verkauf eine lange Zeit gern beschwiegene Realität. In Städten wie Nairobi, der Hauptstadt Kenias, wo 80 Prozent der Bewohner erwerbslos sind und von sozialversicherungsfähigen Tätigkeiten nur träumen können, ist seit Jahren bekannt, dass die Armen sich in den Flusstälern, auf Müllkippen oder entlang der Eisenbahnschienen das Nötigste selbst anbauen. Auf Reputation bedachte frühere Stadtregierungen ließen diese wilden Felder in den 1970er- und 80er-Jahren noch wegbaggern. Später erlaubten die gleichen Herren den Maisanbau sogar auf den Mittelstreifen und Verkehrsinseln der großen Straßen sowie zeitweilig im Uhuru-Stadtpark. Anfang Oktober 2009 brachte das ZDF einen Bericht über geförderten Kohlanbau im großen Slum Nairobis, Kibera. Dort wird alleinstehenden Müttern beigebracht, was die Armen bisher auch von selber taten: Kohl möglichst platzsparend anzubauen.

Schrebergarten 2.0 – Neue Aktionsformen

Zurück nach Deutschland: Die Bundesrepublik ist wie auch viele andere Staaten Mittel-, Ost- und Nordeuropas ein ausgesprochenes Gartenland. Insgesamt gibt es etwa 20 Millionen Gärten, die meisten davon sind Hausgärten. 45,3 Millionen Menschen bewirtschaften hierzu-lande einen Garten. Tendenz steigend.

Generationenwechsel im Kleingarten

Neben den Hausgärten gibt es die sogenannten Kleingärten. Eine Million Kleingärtner bewirtschaften zusammen 15.000 Gärten, die – zu Kolonien zusammengefasst – in 19 Landesverbänden organisiert sind. Ein bundesdeutscher Koloniegarten hat laut Bundesverband der deutschen Gartenfreunde in der Regel etwa vier Nutzer. Das würde bedeuten, dass etwa vier Millionen Bundesbürger Nutznießer eines Schrebergartens wären.

Im Gegensatz zu den Eigenheimbesitzern sind die Kleingärtner qua Gesetz dazu verpflichtet, mindestens ein Drittel der Fläche ihres Gartens für den Obst- bzw. Gemüseanbau zu verwenden. Andernfalls verlieren sie ihre Vergünstigungen wie insbesondere die geringe Jahrespacht, die erheblich unter den ortsüblichen Grundstückspachten liegt.

Das gängige Vorurteil hält die Koloniegärtner gerne für ein Volk ungebildeter „Prollis“, die bis heute dem übermäßigen Gifteinsatz frönen. Der Gifteinsatz ist Stadtgärtnern jedoch bereits seit einigen Jahren verboten (allerdings bieten skrupellose Gartencenter es weiterhin an). Zudem vollzieht sich ein Generationenwechsel in den Kleingärten. Die heute am stärksten zunehmende

Nutzergruppe sind junge Erwachsene mit Kindern. Die Verteidiger der „Kolonie Württemberg“ am Olivaer Platz inmitten Berlins sind die von der Politik so gerne beschworenen „jungen Familien“ mit zwei (!) Gutverdienenenden. Und auch der Anteil von Migranten nimmt zu. Die besten Gemüsegärtner unter den Kleingärtnern sind heute die Türken und Russen.

Interkulturelle Gärten

Auftrieb bekamen die Koloniegärtner durch die Bewegung der interkulturellen Gärten, die in der Bundesrepublik in den letzten Jahren entstand. In Berlin entstanden binnen von nur sieben Jahren 20 solche internationalen Gemüseärten. 1996 gründeten bosnische Flüchtlinge in Göttingen den ersten, auf Kirchenland. Heute gibt es über 90 „Interkulturelle Gärten“ in der Bundesrepublik, in denen buntgemischte Migrantengruppen Gemüse anbauen (14).

Die interkulturellen Gärten richten sich ganz besonders an zwangserwerbslose Asylanten. Also an Flüchtlinge, die etwa als nur *Geduldete* vielfach jahrelang nicht arbeiten dürfen. Anschließend haben sie kaum noch die Chance, eine einigermaßen bezahlte oder im Alter angemessene Tätigkeiten zu finden. Für sie ist es meistens unmöglich, einen Kleingarten zu übernehmen, weil die Vorbesitzer für die darauf gesetzte Hütte oft Abstandszahlungen von bis zu 10.000 Euro und mehr verlangen. Die interkulturellen Gärtner und Gärtnerinnen bauen ihr Gemüse stattdessen auf Grundstücken, die oft kaum größer als ein oder zwei Kleingärten sind und meist den Kirchen oder den Kommunen gehören, oft mit aus der Heimat mitgebrachten Samen. So schlagen die heimatlos gewordenen Migranten über die Gartenarbeit neue „Wurzeln in der Fremde“ (15).

„Mobiles“ Gärtnern

In Berlin mahlen die Mühlen der Bürokratien zuweilen extrem langsam: Innerstädtische Flächen wie etwa das Gelände des Gleisdreiecks am Potsdamer Platz lagen fast 20 Jahre brach. Wie überall betätigte sich auch hier die privatisierte Bahn unheilvoll als Bodenspekulant, wie etwa auf dem Berliner Gleisdreieck oder im Falle des Berliner „Mauerparks“. Auf dem Tempelhofer Feld – dem ehemaligen Flughafen – droht nun das gleiche. Schlechte Voraussetzungen für jede Form von Gemeinschaftsgärtnerei. Viele junge Gartenwillige wechseln die Strategie und betreiben „Guerilla-Gardening“. Nach Sonnenuntergang rücken sie an, bewaffnet mit Schaufel und Gießkanne, und bepflanzen in Eigenregie (und ohne Genehmigung) Grünstreifen, öffentliche Plätze oder Hinterhöfe. Die Berliner Gruppe „Squat Tempelhof“ warf Samenbomben (seed bombs) auf die Tempelhofer Flughafen-Brache. Das Problem ist, dass die Guerilla-Gärtner auf ihre Ernte meistens verzichten müssen ...

Daher ist die Orientierung auf das „nomadische Gärtnern“ vielleicht die Lösung. Am Kreuzberger Moritz-Platz in Berlin entstanden auf einer Brache – bis 1945 stand hier ein Kaufhaus Wertheim – die „Prinzessinnengärten“. In mobilen Kompostbeeten (ehemalige Bäckerkisten) wird temporär Biogemüse angebaut. Mit dem so entstandenen Garten soll die Brachfläche in einen Ort des Pflanzens, der Entspannung und neuen urbanen Lebens verwandelt werden. Für mindestens zwei Jahre wird hier Bio-Gemüse in Hochbeeten gezogen, das heißt unabhängig vom vorgefundenen Boden (von dem man bei Stadtbrachen oft nicht weiß, welche Schadstoffbelastungen er womöglich enthält). Diese Gärten sind potenziell mobil sein und könnten nach Ende der jeweiligen Nutzung an einen anderen Ort ziehen, an dem Licht, Wasser und Öffentlichkeit zu finden sind – das kann ein Hochhausdach oder ein Parkdeck ebenso gut sein wie eine weitere Brachfläche. So machen die Prinzessinnengärten aus der Not der Bodenspekulation und unvorhersehbarer Stadtplaner die Tugend eines nomadisch im Stadtgebiet umherziehenden Gärtnerns.

Die neue weltweite Bewegung für Urban Agriculture bis hin zu ihrer leicht anarchistischen Variante des „Guerilla Gardening“ ist eine Art demonstrative Ernährungsreform von unten. Im Sinne des „Small Planets“ stecken wir Städter unsere Hände selber wieder in die Erde. Wir fürchten uns auch nicht mehr vor den Würmern darin. Im Gegenteil: ist doch der Wurm nachgerade das Zeichen eines Gärtnerns ohne Gift und Geld. Und der Wurm erinnert uns auf eine unaufdringliche Art und

Weise an die Fruchtbarkeit der Nacht und die Vergänglichkeit allen Lebens. Und an die Vergänglichkeit der Nahrung – wie unserer selbst.

Anmerkungen

- (1) Cities Farming for the Future. Urban Agriculture for Sustainable Cities. Ed. by René van Veenhuizen, Published by RUAF Foundation, IDRC and IIRR, Philippines / Leuven 2006 (<http://www.ruaf.org/node/961>, letzter Zugriff: 20. November 2009).
- (2) Jürgen Weidinger: Bürgergärten als Baustein öffentlicher Parks. In: Stadt und Grün, Nr. 5, 2009, S. 39–43.
- (3) Das Grüne Berlin – The Green Berlin. Hrsg. von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Werkstatt Kommunikation, Berlin 09/2009, S. 57, 59, 61.
- (4) Wulff Tessin: Ästhetik des Angenehmen. Städtische Freiräume zwischen professioneller Ästhetik und Laiengeschmack. Wiesbaden 2008.
- (5) Elisabeth Meyer-Renschhausen: Kleinlandwirtschaft und Gärten als „weibliche“ Ökonomie. In: E. Meyer-Renschhausen, R. Müller und P. Becker (Hrsg.): Die Gärten der Frauen – Zur sozialen Bedeutung von Kleinlandwirtschaft in Stadt und Land weltweit. Herzberg 2002.
- (6) Growing Cities, Growing Food – Urban Agriculture on the Policy Agenda. Ed. by Nico Bakker et al. für die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE), Feldafing: Zentralstelle für Ernährung und Landwirtschaft 2000.
- (7) Elisabeth Meyer-Renschhausen: Unter dem Müll der Acker – Community Gardens in New York City. Königstein im Taunus 2004.
- (8) Gerhard Waldherr: Die Bauern von New York. In: brand eins – Wirtschaftsmagazin, 11. Jg. Heft 5, Mai 2009, S. 48–55.
- (9) Benedikt Sarreiter: Gurken statt Kapitalismus. In: Süddeutsche Zeitung vom 18. Mai 2009.
- (10) Susanne Wiborg: Die Welt ist ein Garten. In: Zeit-Magazin Nr. 34, 13. August 2009, S. 10–15.
- (11) Heather C. Flores: Food not Lawns – How to Turn your Yard into a Garden and Your Neighbourhood into a Community. Vermont 2006.
- (12) Karl Linn: Building Commons and Community. Oakland, Cal. 2007.
- (13) Planning, Vol. 75, No 8, August/September 2009.
- (14) Die Stiftung Interkultur koordiniert bundesweit das Netzwerk Interkulturelle Gärten. Nähere Infos im Internet unter www.stiftung-interkultur.de.
- (15) Christa Müller: Wurzeln schlagen in der Fremde – Die Internationalen Gärten und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse. München 2002.

Folgerungen & Forderungen

- Was wir brauchen ist eine Politik, die die Welt-Wirtschaftskrise, wie sie für über Zweidrittel der Menschheit schon länger Realität ist, anerkennt und neue Formen der Subsistenzökonomie ermöglicht.
- Wir brauchen eine Politik, die die Endlichkeit der Ressourcen („Peak Oil“) und den Klimawandel anerkennt und entsprechende Vorkehrungen trifft.
- Wir brauchen eine Rückkehr zu einer städtischen Bodenvorratswirtschaft, die der Bodenspekulation entgegenwirkt und das Gemeinwohl der Stadtbevölkerung im Blick hat.
- Für Erwerbslose oder Hungernde, für den Klimaschutz und für Notgärten müssen kommunale Flächen in petto gehalten werden – am besten in Form eines festen Prozentsatzes der Gesamtfläche (Beispiel Milwaukee).
- Die Städte sollten jede Garteninitiative fördern, die aus Freude und Engagement jetzt tut, was im Postwachstums-Zeitalter schon ziemlich bald breite Notwendigkeit werden wird.

Autorin

PD Dr. Elisabeth Meyer-Renschhausen
Freischaffende Journalistin, Forscherin, Gartenaktivistin und Privatdozentin am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin, hat zuletzt in Oldenburg drei Interkulturelle Gärten ins Leben gerufen.



Bülowstr. 74
10783 Berlin
E-Mail: elisabeth.meyer-renschhausen@fu-berlin.de